

## Stellungnahme TOP 2 HFA 24.06.2019:

### Anregung gem. § 24 GO NW, hier: Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes

#### Anmerkungen zur Beschlussvorlage:

##### Schnellbrief Städte- und Gemeindebund:

In der Textpassage der Beschlussvorlage wird der Eindruck erweckt, dass im Fall der vorgelegten Anregung zu prüfen sei, ob überhaupt ein konkreter gemeindlicher Bezug vorliegt. Dieser ist nach den Ausführungen des Schnellbriefs in dieser Anregung zweifelsfrei enthalten und kann durch folgende Anregungen weiter präzisiert werden:

<b>Ergänzung kommunaler Bezug</b>		
<b>Punkte Anregung Klimabündnis</b>	<b>konkreter kommunaler Bezug</b>	<b>Maßnahme</b>
<b>Daseinsfürsorge</b>	Gesundheitsgefährdung bei Hitzewellen: Informationen z.B. für Bevölkerung, Arztpraxen und Gesundheitseinrichtungen	Einstellung auf der homepage der Gemeinde, Weiterleitung an die genannten Gruppen
<b>Bauleitplanung</b>	z.B. ISEK 2019, aktuelle FNP-Änderungen in Eckenhagen, geplante Entwicklung neuer Wohngebiete	Anpassung/Überarbeitung der laufenden Konzept und Verfahren
<b>Investitionen zur Reduktion von Treibhausgasemmissionen</b>	z.B. Förderung Erneuerbarer Energien in der Gemeinde, Förderung/Umsetzung von einfachen Kurzfrist-Maßnahmen in der Gemeinde mit Vorbildfunktion	z.B. Mitgliedschaft in der EGBL Lindlar, Maßnahmen naturnahes öffentliches Grün (z.B. Wildblumenwiesen nicht nur am Rathaus)
<b>Klimaschutzgesetz</b>	Klimaziele für Reichshof definieren	z.B. Resolution zu Klimazielen
<b>Informationen zu Maßnahmen Landesregierung/ Kreisverwaltung</b>	Unterstützung /Information für den gemeindespezifischen Umgang mit Extremwetterlagen einfordern	"Runder Tisch " aller betroffenen Institutionen zu diesem Themenbereich (z.B. Feuerwehr, Polizei, Rettungsdienste usw.)

Insofern sehen wir den in der BV dargelegten Sachverhalt als unrichtig an.

##### BM-Konferenz am 14.06.19:

Wir begrüßen sehr, dass das Thema "Klimaschutz" in der o.g. Konferenz aufgegriffen worden ist. Gegenstand der heute vorliegenden Anregung ist jedoch ein Ratsbeschluss bzw. in der heutigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses eine dahingehende Empfehlung. Ergebnisse aus der BM-Konferenz können in diesem Zusammenhang sicherlich durch die Ausschussmitglieder zur Kenntnis genommen u. ggf. berücksichtigt werden, für eine Beschlussfassung von Ausschuss und Rat sind sie jedoch weder maßgeblich noch verbindlich.

Auch hier können wir der Argumentation der Verwaltung in der Beschlussvorlage nicht folgen.

Gerade mit Blick auf die zu diesem Thema bereits gestellten Anträge der SPD-, CDU-, Grünen und Linken Kreistagsfraktionen für die Kreistagsitzung am 04.07.19 sollte der HFA in der heutigen Sitzung eine Empfehlung zur Anregung nach § 24 GO NRW des Klimabündnisses Oberberg aussprechen.

Reichshof, 24.06.2019

Christine Brach  
Fraktion B90/Grüne